

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 7.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432. Geschäftsinteresse pro 3spaltige Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 15. Februar 1908.

Verlag: A. Pohrberg, Hannover, Münst. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münst. 6, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. H. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen.

bestehen in Sonneberg, Dresden, Velten und Oberkohan.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen, Berlin und Dauenburg.

Bezug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Zur Landarbeiterfrage.

In der letzten Nummer des „Proletariers“ hat Frau Biez mit dem Artikel „Land- und Waldarbeiterorganisation“ erfreulicherweise die schon längst notwendig gewordene Diskussion über die Landarbeiterfrage eingeleitet. Es ist deshalb selbstverständlich, daß auch die Gegenseite zum Worte kommt, wenn anders die Aussprache klärend und fruchtbringend sein soll.

Wie unsere Kollegin Biez ganz richtig in Erinnerung bringt, fand sich auf dem Leipziger Verbandstage eine knappe Mehrheit, die sich gegen eine selbständige Organisation der Landarbeiter erklärte (45 Stimmen). Immerhin war die Minderheit (23 Stimmen), die für die Resolution des Unterzeichneten votierte, in Anbetracht dessen, daß die Landarbeiterfrage in dieser Form zum erstenmal auf einem Verbandstage erörtert wurde, als eine ziemlich beträchtliche zu bezeichnen. Hierbei kann auch nicht außer acht gelassen werden, daß es in erster Linie Vertreter der bedeutenderen Zahlstellen waren, die gestützt auf ihre Erfahrungen, für die Gründung einer selbständigen Landarbeiterorganisation eintraten.

Wie wenig die Sachlage aber auf dem Verbandstage selbst — wohl infolge der etwas summarischen Behandlung der Frage — geklärt worden war, beweist schon zur Genüge der Umstand, daß die Resolution Biez bei einer Anwesenheit von reichlich 100 Delegierten nur 45 Stimmen auf sich vereinigte. (43 Delegierte stimmten für die Resolution, die eine endgültige Entscheidung noch nicht herbeigeführt wissen wollte, sondern vom Vorstand eine neue Vorlage zum nächsten Verbandstage verlangte.)

Es war somit eine recht zweifelhafte, ja man darf getrost sagen: eine Zufallsmajorität, die den Hauptvorstand zur Ausführung der in der Resolution Biez niedergelegten „Richtlinien“ verpflichtete. Zum mindesten lag der unheilvolle Willensausdruck einer kompakten Majorität nicht vor.

Diese Tatsache muß hervorgehoben werden, um nicht ein falsches Bild über das Zustandekommen jenes „Mehrheits“-Beschlusses entstehen zu lassen. Denn daraus dürfte zum guten Teil schon das passive Verhalten des Hauptvorstandes dem Beschlusse gegenüber zu erklären sein.

Doch selbst zugegeben, jener Beschluß wäre einwandfrei gefaßt, so entsteht doch wiederum die Frage: Poante der Hauptvorstand als verantwortliche Leitung des Verbandes den Beschluß überhaupt zur Ausführung bringen? Und da antworte ich offen und ehrlich mit: Nein!

Schon auf dem Verbandstage äußerten sich eine Anzahl der Delegierten, die man für gewöhnlich auch nicht gerade zu den Rückständigsten zählt, ganz unumwunden dahin, daß der Hauptvorstand selbst beim besten Willen nicht imstande sei, den auf Grund der Resolution Biez gefaßten Beschluß auszuführen. Verlangte doch diese Resolution nichts mehr und nichts weniger, als daß ein Verband im Verbande gegründet werden solle, mit eigenen Statuten, eigener Verwaltung, eigenen Beiträgen und eigenen Unterstühtungsmitteln. Nur die Zentralleitung und das Verbandsorgan wären gemeinsam geliebt, sonst nichts.

Angesichts dessen hatte der Hauptvorstand meines Erachtens geradezu die Pflicht, sehr reiflich zu prüfen, ob die mit der Durchführung jenes Beschlusses notwendigerweise verbunden gewesenen immensen Geldausgaben im Interesse des Verbandes gemacht werden durften oder nicht. Kam der Hauptvorstand jedoch zu der Ueberzeugung, daß Opfer und Arbeit zu den etwaigen Erfolgen voraussichtlich in denkbar ungünstigstem Verhältnis stehen würden, so konnte er die Regierung des Beschlusses auch mit gutem Gewissen auf sich nehmen. Ich wenigstens für meine Person wäre gern bereit, ihm volle „Indemnität“ zu erteilen. Was eben nicht geht, das geht nicht.

Freilich wäre es richtiger gewesen, wenn der Hauptvorstand bereits auf dem Verbandstage in Leipzig seine Bedenken gegen die Resolution Biez offen ausgesprochen hätte, da deren Undurchführbarkeit doch ohne weiteres klar auf der Hand lag. Anstatt aber zur Klärung der Landarbeiterfrage durch Beteiligung an der Aussprache beizutragen, hüllte sich der Hauptvorstand damals in tiefstes Schweigen

und trägt so sein gut Teil Schuld daran, daß jener fragwürdige Beschluß überhaupt zustande kommen konnte. Es ist deshalb auch bis zu gewissem Grade erklärlich, daß Kollegin Biez — wie einst Shylock — auf ihrem Schein besteht und den Hauptvorstand nicht gerade mit Samtpfötchen freidiehelt.

Frau Biez wendet sich nun in ihrem Artikel entschieden gegen den Plan der Gründung einer selbständigen Organisation der Land- und Waldarbeiter, wie er auf der Vorstands-Konferenz der Gewerkschaften empfohlen wurde. In ihrem Eifer geht sie dabei so weit, den Vorständen zu imputieren, daß diese uns auch hier wieder „um die Früchte unserer Arbeit“ prellen wollten. Hier bewahrheitet sich wieder der alte Spruch: „Wenn man zu viel beweisen will, beweist man gar nichts.“

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Unser Verband besteht seit 17 Jahren. In diesen 17 Jahren ist es uns leider nicht möglich gewesen, einen auch nur irgendwie nennenswerten Bruchteil der Landarbeiter für unsere Organisation zu gewinnen. Bis heute war der Hauptvorstand noch nicht in der Lage, einmal zahlenmäßig anzuführen, wieviel Landarbeiter eigentlich zu uns gehören. Ich fürchte auch, die Bekanntgabe solcher Zahlen würde ein klägliches Ergebnis zeitigen. Um „Früchte“ kann uns also niemand „prellen“, denn wir haben keine Früchte auf Lager. Gerade dieser totale Mißerfolg unserer langjährigen Agitation mußte uns doch endlich zur Erkenntnis bringen, daß zur Organisation der Landarbeiter einmal andere Wege eingeschlagen werden müssen, als wie wir sie bisher gewandelt sind. Ueber diese harten Tatsachen hilft das bloße „Gefühl“ nicht hinweg.

Bei der Gründung unseres Verbandes lagen die Verhältnisse wesentlich anders als heute. Damals konnte man sehr wohl der Ansicht sein, daß es möglich sei, den größten Teil aller ungelerten Arbeiter, sowohl in der Industrie als wie auch in der Landwirtschaft, nach und nach unter einen Hut zu bringen. In diesem Sinne ist auch anfänglich unsere Verbandsleitung tätig gewesen. Die Entwicklung nahm jedoch einen andern Gang. Unsere Organisation wuchs sich im Laufe der Jahre immer mehr zu einem reinen Industrieverbande aus, d. h. zu einer Organisation, die ihre Hauptwurzeln hat in denjenigen Industriegruppen, wo vorzugsweise ungelernete Handarbeiter beschäftigt werden. Demgemäß mußte sich unsere Organisation auch vorwiegend auf diese Arbeiterkategorien richten. Hand in Hand damit ging die in der gewerkschaftlichen Entwicklung begründete Erhöhung der Beiträge und die Konsolidierung unseres Verbandes zu einer vollwertigen industrie-proletarischen Kampfesorganisation. Als solcher waren ihr nun die Wege gewiesen, die Aufgaben vorgezeichnet. Sie mußte sich in den Rahmen der industriellen Gewerkschaften völlig hineinpassen, wenn sie sich nicht der natürlichen Entwicklung entgegenstemmen und ein Zwitterding sein wollte. So ist es denn auch gekommen.

Eine weitere Folge dieser Entwicklung war, daß die Agitation unter den Landarbeitern nur noch im „Nebenamt“ betrieben werden konnte. Ohne Rücksicht darauf, ob die Landarbeiter den jetzigen Verbandsbeitrag erschwingen konnten oder nicht, wurde dessen Erhöhung vorgenommen. Es ging eben nicht anders, da sich die weitaus überwiegende Mehrzahl der Verbandsmitglieder aus Industrie-proletariern zusammensetzte und rekrutierte.

Liegen die Dinge aber so — und daß sie so liegen, kann ernsthaft nicht angezweifelt werden — dann soll man doch auch endlich die Konsequenzen daraus ziehen. Die Entwicklung hat unseren Verbande andere Aufgaben gewiesen. Er kann unmöglich die wirtschaftliche Emanzipation des millionenstarken ungelerten Fabrikproletariats und des ebenfalls nach Millionen zählenden Landproletariats gleichzeitig bewerkstelligen. Dazu liegen die Verhältnisse in Industrie und Landwirtschaft viel zu verschiedenartig. Deshalb kann auch über den Einwand: „Wo hört die Landwirtschaft auf, und wo fängt die Industrie an“, nicht ernsthaft diskutiert werden. Beide haben doch nur, unter dem streng wissenschaftlichen Gesichtswinkel der Sozialökonomie betrachtet, gewisse Berührungspunkte miteinander. Rein gewerkschaftlich angesehen, zeigen sich uns jedoch auf Schritt und Tritt himmelweite Unterschiede.

Schon in der Industrie lassen sich die Verhältnisse nicht in eine Schablone pressen, etwa nach der Formel: „Sie ein Verband der gelehrten, und da ein Verband der ungelerten Arbeiter.“ Die Spezialisierung der Organisationen in verschiedene Industrie-Berufsgruppen hat eben ihre sehr realen Ursachen. Um so unmöglicher ist die künstliche Hineinzwängung der Landarbeiter in den Rahmen eines Industriearbeiter-Verbandes.

Die soziale Lage der Landarbeiter kann nur verbessert werden, wenn man ihnen eine eigene Organisation gibt, die ihren beruflichen und — auch den gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßt ist. Nur auf diesem Wege kommen wir der Lösung der Landarbeiterfrage...

Ganz richtig ist, wenn Frau Biez sagt: „Die Landarbeiteraufklärung und in deren Gefolge ihre Organisation tritt auf als Reflex der Industriearbeiterbewegung.“ Sie vergißt nur, die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Gerade hierin liegt ja die Lösung des Rätsels. Die Emanzipation der Landarbeiter konnte — so wie sich die Dinge in Deutschland gestalten — nicht eher Fortschritte machen, als bis die Industriearbeiterbewegung einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte. Dieser Höhepunkt ist jetzt erreicht.

Es liegt auf der Hand, daß eine selbständige Landarbeiterorganisation bis auf weiteres durchaus auf die moralische und finanzielle Unterstützung der Industriearbeiterorganisationen angewiesen sein wird. Noch auf Jahre hinaus werden diese Organisationen in jeder Beziehung die Nährmutter eines Landarbeiterverbandes bleiben müssen. Dazu sind sie jetzt aber auch in der Lage, ohne daß sie sich hierbei in besonders fühlbarer Weise zu engagieren brauchen. Die Entwicklung tat eben auch hier das Ihrige.

Jetzt, da die moderne Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen soweit ist, um ohne größere Schwierigkeiten eine Landarbeiterorganisation lebensfähig erhalten zu können, ist die Schaffung einer solchen Organisation nachgerade eine soziale Notwendigkeit geworden.

Deshalb haben wohl auch die Gewerkschaftsvorstände die Ueberzeugung gewonnen, daß mit der bisherigen Wursterei auf dem Gebiete der Landarbeiterfrage jetzt endgültig gebrochen werden müsse, da die gewerkschaftlichen Vorbedingungen zur Lösung dieser Frage nunmehr gegeben sind.

Hat die Entwicklung aber in dieser Weise vorgearbeitet, so sollten auch wir uns der besseren Einsicht nicht länger verschließen.

Lassen wir doch die nackten Tatsachen reden. Das Bild ist dann folgendes:

1. Der Erfolg unserer 17jährigen Agitation unter den Landarbeitern war gleich Null.
2. Die Landarbeiter sind dank ihrer erbärmlichen Entlohnung nicht imstande, weder den vollen noch den halben Verbandsbeitrag leisten zu können.
3. Der Beschluß des Leipziger Verbandstags hat sich in jeder Beziehung als undurchführbar erwiesen.
4. Unser Verband hat sich zu einem reinen Industriearbeiter-Verbande entwickelt, kann infolgedessen also nicht mit der gleichen Intensität doppelte Agitation entfalten.
5. Die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in Industrie und Landwirtschaft läßt es nicht zu, die Landarbeiter im Rahmen oder als Anhängsel eines Industriearbeiter-Verbandes zu organisieren.
6. Die Erfahrung lehrt, daß die speziellen Berufsinteressen einer Arbeitergruppe desselben gemeinsamen Produktions- oder Berufsbereichs am besten in einer selbständigen Berufsorganisation gefördert werden.

Das wären, kurz zusammengefaßt, so ungefähr die hauptsächlichsten Gesichtspunkte, die uns als Mitglieder des Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes schon aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen für die Schaffung einer selbständigen Landarbeiterorganisation einnehmen müßten. Hier steht die Frage doch einfach so: Was ist das Beste für die Landarbeiter? Ob sie uns als Anhängsel überwiegen bleiben, oder ob sie auf eigene Füße gestellt werden! Da unser Verband der Landarbeiterschaft nachgewiesenermaßen bisher nur wenig oder gar nichts nützen konnte und auch in Zukunft auf diese Art nichts nützen wird, so vergeben wir uns durchaus nichts, wenn wir uns dem Vorschlage der Gewerkschaftsvorstände anschließen; im Gegenteil: wir zeigen dann, daß auch unser Verband seine Zeit begriffen hat.

Wir dürfen auch nicht außer acht lassen, daß eine selbständige Landarbeiterorganisation mit der Zeit einen ungleich größeren moralischen Druck auf das Agrarier-tum — und schließlich auch auf die Gesetzgebung ausüben kann, als wenn wir nach der bisherigen, längst veralteten Methode fortwurzeln würden. Ebenfalls ist an die zunehmende Hereinschleppung ausländischer Landarbeiter zu erinnern. Eine Verknüpfung mit diesen wird bedeutend leichter möglich sein, wenn die Landarbeiter über eine eigene Organisation verfügen. Es ist eben eine überlebte Anschauung, zu glauben, daß die Fabrikarbeiter auch gleichzeitig die Berufsinteressen der Landarbeiter wahrzunehmen vermögen. Mit demselben Rechte könnten beispielsweise auch

und den Gewinn allein abschöpfen. Das Monopol des Sodaartells geht Großmann ausdrücklich zu, auch die „recht beträchtlichen“ Gewinne. Er meint aber, das Monopol sei „nicht in übertriebener Weise zum Schaden des Verbrauchers ausgenutzt worden“. Wenn er meint, daß die Verbraucher keinen Anspruch auf eine mit dem Fortschreiten der Technik und der Betriebskonzentration steigende Verbilligung der Ware hätten, dann mag er recht haben. Wir werden später sehen, daß aber die Sache noch viel schlimmer liegt.

Das Kartellwesen macht schließlich auch in der chemischen Industrie schon lange nicht mehr an der Landesgrenze Halt. Es besteht eine Reihe wichtiger, internationaler Kartelle, so schließlich unser gelehrter Gewährsmann seine ständige Ueberfahrt. Hierher gehören das Salpetersyndikat, das Sodasyndikat, das Wismutsyndikat und die Vereinigung der russischen und rumänischen Petroleumkapitalisten. Selbst eine so junge Industrie, wie diejenige für Kunstseide, zeigt bereits internationale Kapitalistenverbindungen. Der seltenere Fall, daß sich die Kartelle verschiedener Länder befänden, trifft bei den Brompräparaten zu, und hat zu erheblichen Preisentfaltungen geführt.

Der Kartellgedanke hat sich danach gerade in der chemischen Industrie und bei ihren Kapitalisten „besonders stark durchgesetzt“. Die Herren wissen, weshalb. Darüber sollen die chemischen Arbeiter gründlicher als durch den Berliner Privatdozenten in unserer nächsten Betrachtung belehrt werden.

Unsre Kapitalisten und die Gesetzgebung.

Wie rühlig unsre Unternehmerorganisation in Gesetzgebungsfragen ist, geht daraus hervor, daß ihr Ausschuß in seiner letzten Sitzung vom 18. Januar als „Hauptgegenstand“ die dem Reichstage zurzeit vorliegende Novelle zur Gewerbeordnung beriet. Gegenüber den Bestimmungen der Novelle über die Konkurrenzklausele hielt der Ausschuß an den in Absatz von der Generalversammlung des Vereins gefassten Beschlüssen fest. Insbesondere wurde beschlossen, nach wie vor dafür einzutreten, daß von den Angestellten im Falle der Verlegung der Konkurrenzklausele Konventionalstrafe und Schadenersatz verlangt werden könne, daß aber andererseits dem Angestellten während der ganzen Karenzzeit das volle vorher bezogene Einkommen seitens des Unternehmers gezahlt werden solle, gleichviel wie hoch dieses sich belaufen hat. Es wurde beschlossen, an den Reichstag eine Eingabe zu richten, in welcher die Stellung der chemischen Industrie zu den Vor schlägen der Regierung dargelegt wird. Die Herren Kapitalisten wollen also auch ihre chemischen Doktoren nach wie vor möglichst in der Hand behalten. Außerdem setzen sie eine Kommission ein, die alsbald dem Reichsschatzsekretär persönlich wegen des geplanten Spiritusmonopols die „Wünsche“ der chemischen Industrie vorzutragen hat. Der wird sie schon vorlassen, eher als Arbeiter, die ihm „Wünsche“ vortragen möchten!

Der chemische Profit hilft dem Kohlenbergbau.

Die rheinisch-westfälische Kohlenzweig Dorfeld hat nach ihrem Geschäftsbericht bei der Kohlenförderung im Jahre 1906 durch einen Betrag im Fördermacht I mit Verlust gearbeitet; wenn trotzdem für den Aug 300 Mt. Ausbeute verteilt werden konnten, so stammt der hierzu erforderliche Gewinn aus andern Einnahmequellen der Zeche. Es ist allgemein bekannt, daß die meisten Zechen ihre Einnahmen nicht nur aus der Kohlenförderung, sondern zum guten Teil auch aus der Koks- und Bricketzeugung, der Gewinnung von Nebenerzeugnissen, wie Ammoniak, Teer, Benzol usw., schöpfen. Daher bezogen selbst in einem sonst verlustreichen Jahre die Kohlenbarone der Zeche den netten Gewinn, den sie auch 1906 einbrachten. So weiß sich der Kapitalismus stets zu helfen. Bringt die Ausbeutung der Bergleute einmal nichts, so bringt die Ausbeutung der chemischen Arbeiter in denselben Betriebe desto mehr.

Deutsche chemische Industrie in England.

Aus den höchsten Fachwerken vom Meister, Lucius u. Bränning wird gemeldet, daß infolge der stattgehabten Aenderung des englischen Patentgesetzes sich die Fabrik zur Ausführung ihrer Patente in einer englischen Fabrik einschließen hat. Die nötigen Schritte und Vorbereitungen zur Errichtung einer solchen Fabrik wurden von der Meister, Lucius u. Bränning Ltd. Co. in Manchester in die Wege geleitet, mit dem Bau derselben wurde bereits begonnen. Seitdem hat sich der Kurs der höchsten Aktien ausnehmend gehoben. Das hat Gerüchte entstehen lassen, wonach im Zusammenhang mit der Errichtung der englischen Fabrik eine Erhebung des Aktienkapitals geplant sei, und zwar wollte man bereits wissen, daß die neuen Aktien den alten Aktionären zu einem relativ niedrigen Kurse zum Bezuge angeboten werden sollen. Das ist aber nach der „Frankf. Zeitung“ unzutreffend. Wie sie erklärt, werden die Kosten des englischen Fabrikbaues auf rund 50 000 Pfd. Sterl. gleich eine Million Mark veranschlagt und von der Gesellschaft aus ihren flüssigen Mitteln bestritten. Die Herren haben so viel an Bargeld leicht aus den riesigen Gewinnen der letzten Jahre übrig. Deshalb können sie ja ihre Arbeiten nicht besser bezahlen!

Die Lohnkämpfe der österreichischen chemischen Arbeiter im Jahre 1906.

Die für das Jahr 1906 haben vom österreichischen Handelsministerium herausgegebene und weit sorgfältigere, als die deutsche bearbeitete amtliche Streikstatistik (sie umfasst einen starken Band von 581 Seiten!) gibt auch eingehende Auskunft über die Lohnkämpfe unter engem Kollegen im schwarz-gelben Nachbarstaate. In der österreichischen chemischen Industrie fanden danach in 1906 im ganzen 15 Streiks statt, die 15 Betriebe und 1529 Streikende umfaßten. Nur 4 Streiks in 4 Betrieben mit 209 Streikenden endeten ohne jeden Erfolg. 4 Streiks mit 461 kämpfenden hatten vollen, 7 Ausstände mit 859 Streikenden teilweisen Erfolg. Der größte Lohnkampf mit 187 Beteiligten und teilweisem Erfolg betraf eine Ammoniakfabrik. Dann waren betroffen in der Reihenfolge ihrer Größe eine Cellulosefabrik, eine Eisfabrik, eine Zellwollfabrik, eine Gelatinefabrik, eine Zementfabrik, eine pharmazeutische Fabrik, ein Zirkonitwerk, eine Kunstdüngerfabrik, eine Kohlenäureanlage und ein Mineralwerk — also fast alle Spezialitäten unserer Branche! In der Kunstdüngerfabrik bei Wien wurde eine Erhöhung der bis dahin bestehenden Zeit- und Akkordlöhne erzielt, von denen die ersten bis auf 1 1/2 Kronen die Woche, die letztern sogar bis auf 4,80 Kronen die Woche herabgegangen waren. In der Gelatinefabrik bei Wien wurde eine Lohnvermehrung für die weiblichen Hilfsarbeiter, der Gehaltsfundament und 25 Prozent Zuschlag für Überstunden erlangt. In Wipacitz bei Wien gelang eine Lohnvermehrung um 8 Prozent. Die Zellwollfabrik bei Wien bewilligte eine 5prozentige Lohnvermehrung. Bis nach Galizien schlug der Lohnkampf unserer Kollegen seine Wellen und erreichte dort in der Ammoniakfabrik zu Orphanow eine 10prozentige Lohnvermehrung, direkte Lohnauszahlung statt durch Akkordanten und die Einziehung eines Arbeiterausschusses. Nachschonwerke Kampferfolge unserer Kameraden auf so schwierigem Vorkampfe!

Wannheim. Der „Volksstimme“ wird mitgeteilt, daß ein in der Zellstoff-Fabrik Waldhof seit Jahren beschäftigter Arbeiter lungenkrank und nach einer Heilkurzeit verbracht worden war. Der Mann hoffte, nach Wiederherstellung in dem Betriebe, wo er seine Gesundheit ruiniert hatte, wieder Arbeit erhalten zu können. Das brauchte nicht bei der gleichen Arbeit zu sein; in solch großen Werken gibt es bekanntlich auch Arbeiten leichterer Art. Der Wunsch des Arbeiters sollte sich nicht erfüllen! Am 16. Januar ging demselben in der Heilkurzeit folgender Satz zu: „Da es wegen Ihres geschwächten Gesundheitszustandes in Ihrem eigenen In-

teresse liegt, sich nach Entlassung aus der Heilstätte leichtere Arbeit im Freien zu beschaffen, so raten wir Ihnen an, sich jetzt schon um einen andern Arbeitsposten umzusehen. Wir betrauen Sie bei diesem Arbeitsverhältnisse (nachdem § 8 unserer Arbeitsordnung mit sofortiger Wirkung als gelöst). Achtungsvoll Heilstoff-Fabrik Waldhof.“ Rechte Arbeit im Freien soll sich der Mann suchen. Arbeit im Freien wäre schon recht, ob's da aber leichte Arbeit gibt, wagen wir zu bezweifeln. Der Heilstoff-Fabrik liegt nicht das fernere Wohlergehen ihres einstmaligen tüchtigen Arbeiters am Herzen, es wird richtig geraten sein, wenn wir sagen, um die Betriebskrankenkasse von halbranken Mitgliedern zu befreien, wird solche radikale Entlassungsart geübt.

Wiesdorf-Devertusen. Wie der „Berg. Arbeiterstimme“ von hier geschrieben wird, erhielt ein Arbeiter der hiesigen Farbwerke Beyer u. Co., der bereits 1 1/2 Jahre bei der Firma beschäftigt war und nun krank wurde, seine Entlassung in das Krankenhaus geschickt! Ein zweiter Arbeiter, der verheiratet ist und drei Jahre bei der Firma beschäftigt war, wurde nach siebenwöchentlicher Krankheit entlassen. Ein dritter Arbeiter verließ die Lungenheilstätte; am Schalter in der Fabrik wird ihm bezeugt, er solle sich andere Arbeit suchen, sein Posten sei besetzt und andere Arbeit könnte er doch nicht mehr leisten. Diese Fälle sind im Zeitraum von sechs Wochen passiert und dazu jezt im Winter, wo es den Entlassenen soviel schwerer fällt, andere Arbeit zu erhalten!

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

— Ahtung, Ziegelarbeiter!
Um in diesem Jahre eine intensive Agitation unter den Ziegelarbeitern zu ermöglichen, ist es notwendig, die wenigen Sommermonate zweckmäßig auszunutzen. Es ist deshalb erforderlich, daß wir schon jetzt unseren Plan festlegen, um nicht während der Saison die Zeit mit Vorarbeiten zu verrodeln. Alle Kollegen werden deswegen ersucht, uns baldigst mitzuteilen, ob und zu welcher Zeit sie eine Unterstützung in dieser Sache von uns wünschen.

— Die Ziegelbesitzer auf Schleichwegen.
Der Zusammenschluß der Ziegelbesitzer im letzten Herbst zu einem Zentralverband löste bei uns die Vermutung aus, daß die neugeborene Unternehmerorganisation nicht allzulange warten werde, um das „gedehliche Verhältnis“ zwischen Arbeiter und Unternehmer — und das ist ja bei den Unternehmerorganisationen immer der Grundgedanke — zu fördern. Diese Vermutung hat uns nicht getäuscht. Schon in der ersten Sitzung im November hat der Verbandsausschuß beschlossen, alle Forderungen der Meister und Arbeiter auf Lohnvermehrung und Arbeitszeitverkürzung im Jahre 1908 abzulehnen. Das war der erste, recht vielversprechende Schritt zur Annäherung eines „gedehlichen Verhältnisses“, dem nun der zweite in der Sitzung vom 9. Januar gefolgt ist. Die „Lohnindustriezeitung“ berichtet darüber folgendes: „In einer am 9. d. Mts. in Düsseldorf stattgefundenen Sitzung wurden die aufgestellten Satzungen einstimmig genehmigt und als Sitz des Zentralverbandes Dortmund bestimmt. Zahlreiche Beitrittserklärungen lagen vor. Die Berichte über die Lage der Ziegelindustrie lauteten für alle Bezirke sehr ungunstig. Es wurde festgestellt, daß infolge der übergroßen Bestände und der schlechten Aussichten im Baugewerbe die Produktion von Ziegeln in Westfalen, Rheinland, Hannover, Hamburg und Süddeutschland so stark eingeschränkt werden muß, daß mindestens 1/3 der Arbeiter weniger beschäftigt werden wird, wie im Vorjahre. Unter diesen Umständen kann eine weitere Erhöhung der Löhne gar nicht in Frage kommen.“

Wird die Einschränkung der Produktion, Ablehnung aller Forderungen, Mindebeschäftigung von einem Drittel der Arbeiter, wirklich eine nette Perspektive für die Ziegelarbeiter. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß es den Ziegelbesitzern weniger um die Einschränkung der Produktion, als um die Wiederrückführung der im Erwaechen begriffenen Ziegelarbeiter zu tun ist. Wenn schon eine Einschränkung der Betriebe notwendig ist, so wäre doch das einzig Vernünftige, die tägliche Arbeitszeit einzuschränken und damit dem schon lange gefühlten Bedürfnis der Arbeiter nach Ruhe zu tragen. Statt dessen sollen Tausende von Arbeitern brotlos bleiben, und den Gläubigern, denen es vorbehalten bleibt, für die Ziegelbesitzer freuden zu dürfen, soll die Arbeitszeit noch verlängert werden. Heißt es doch in dem Ziegelmarktbericht vom Dezember 1907 aus Ostabrad: „Die Arbeiter haben im Jahre 1907 zum ersten Male nur 12 Stunden gearbeitet gegen 14 früher, und denselben Lohn wie früher bekommen. Man hofft jedoch, daß im nächsten Jahre zur 14 stündigen Arbeitszeit zurückgekehrt wird.“

Die Verkürzung der Arbeitszeit von 14 auf 12 Stunden welche die Ziegelbesitzer infolge des Vorgehens unsrer Organisation im Jahre 1906 zugelassen mußten, soll also wieder rückgängig gemacht werden, wobei ihnen die flane Bautätigkeit vorzügliche Hilfe leistet. Um ihrer Sache ganz sicher zu sein, suchen sie schon jetzt durch ihre Agenten ausländische Arbeiter heranzuziehen, obwohl ein Drittel der Arbeiter weniger beschäftigt werden soll. Von einer italienischen Arbeiterorganisation wurde uns mitgeteilt, daß ein Herr Julius Peter aus Koblentz gegenwärtig italienische Ziegelarbeiter für einen Herrn August Auerbach in Köln, angeblich Sekretär des Unternehmensverbandes, angeworben sucht. Versprochen wurde ihnen pro 1000 Steine 4,25 Mt. und 8 oder 14tägige Rindigungsfrist. Der Trick der allezeit nationalen Unternehmer ist sehr durchsichtig. Man lockt die ausländischen Arbeiter unter allerlei Versprechungen hierher, um mit ihrer Hilfe den 14stündigen Arbeitstag wieder einzuführen. Nach erreichte Zweck können sie nach Belieben wieder abgeschoben werden; deshalb auch die kurze Rindigungsfrist, die den ausländischen und teilweise auch den einheimischen Ziegelarbeitern sonst stets durch Arbeitsverträge vorenthalten wird. Öffentlich wird aber der laubere Plan der Ziegelbesitzer an der Solidarität der internationalen Arbeiterchaft kleid Schiffsbruch leiden. Die Ziegelarbeiter haben alle Ursache, mehr denn je auf dem Boden zu sein, um allen Verleumdungen entgegenzutreten zu können. Gerade die jetzige geringe Bautätigkeit ist eine günstige Gelegenheit, die heute noch vielerorts überlange Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß herunterzuziehen. Nicht Einschränkung des Betriebes, sondern Einschränkung der täglichen Arbeitszeit, das sei allerwärts unser Forderung.

— Lauf a. Pagnitz. Die darniederliegende Bauwirtschaft wird von den Unternehmern reichlich ausgenutzt, um die Arbeiter ihre Macht fühlen zu lassen. So wurde auch den Arbeitern der Ziegelwerke Reutkirch am letzten Sonntag eine recht unangenehme Ueberwachung zuteil. Schon zu Weihnachten gedachte man ihrer mit der üblichen kapitalistischen Forderung — einer Lohnkürzung. Die Profitgier war aber anscheinend damit noch nicht gesättigt, und so mußte der arbeitslose Verdienst abermals beschnitten werden. Die Stundenlöhne wurden um 2 Pf. und die Akkordlöhne dementsprechend heruntergesetzt. Der Veranlasser dieser Maßnahmen ist nach Ansicht der Arbeiter der Meister Döds, ein ehemaliger Unterverwalter. Dieser Herr verwechselt die Betriebskäfte mit der Kasse. Er betrachtet es als seine Aufgabe, die Arbeiter militärisch zu drücken. Es kappt auch alles ganz famos, nur bei der Lohnzahlung will es niemals zum Klappen kommen, stets gibt es Differenzen. Da sich die Arbeiter, wenn es sich um den lauer verdienten Lohn handelt, noch nicht an den Kadavergehörnen gewöhnen können, so sind indirekte Maßregelungen eine ständige Einrichtung geworden. Jeder ungeliebte Arbeiter wird so lange schikaniert, bis er sich zu einem Widerstand hinführen läßt. Widerstand ist natürlich immer eine Meisterbeleidigung, und die kündigungswürdige Entlassung folgt für jedes aus dem Hause. Gest in einigen Tagen ereignete sich ein solcher Vorfall, doch dürfte dieser für den Meister Döds nicht so glänzend abgehen als die jetzigen. Die Arbeiterchaft hat nun eine Beschwerte gegen die

Lohnkürzung und sonstigen Mißstände der Direktion unterbreitet, deren Verantwortung bis jetzt noch aussteht. Für uns aber müssen diese Vorgänge ein neuer Ansporn sein, mit allen Kräften für die Ausbreitung und Vertiefung der Organisation Sorge zu tragen. Je größer die Masse der Arbeiter ist, desto eher wird die Stunde der Abrechnung mit den kapitalistischen Wagnern und ihren Helfershelfern für uns schlagen.

Streiks und Lohnbewegungen.

— Neu-Beckum. Auf der Gewerkschaft „Elsa“ drohen Differenzen. Die Betriebsleitung verlangt von den Arbeitern die Unterzeichnung eines Schriftstücks, nach dem die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes (für Nebenarbeiten) stehen lassen sollen. Der Betrag soll zu Weihnächten ausbezahlt werden, aber nur an solche Arbeiter, die bis Weihnächten beschäftigt sind. Da die Arbeiter bei derartigen Verträgen schon wiederholt die Erfahrung gemacht haben, daß kurz vor Festtagen der Zahlung ein Teil der Arbeiter entlassen oder weggeschickt wird, verweigern die Kollegen die Unterzeichnung. Bezug ist fernzuhalten!

— Singen a. Hohentwiel. Wir berichteten in Nr. 5 des „Proletarier“, daß die Arbeiter der Fittingswerke (Abteilung Schmirgler) einen neuen Lohnarif, der bis zu 20 Prozent Abzüge enthielt, zu gewärtigen hatten. In einer Betriebsversammlung wurde eine hierzu gewählte Lohnkommission ermächtigt, bei der Direktion vorstellig zu werden, um die unzureichende Lohnkürzung abzuwehren. Die Kommission wurde am 23. Januar bei der Direktion vorstellig; erzielte wurde, daß der neue Tarif, der von den beteiligten Arbeitern nicht angenommen wurde, eine Aenderung dahingehend erhielt, daß die alten Lohnsätze im großen und ganzen blieben, aber auch für einige Artikel höher. Sätze eingestellt wurden. Die Lohnkommission machte in den Unterhandlungen geltend, daß die Arbeit an den Schmirglerwerken als eine sehr ungeliebte zu bezeichnen sei, was von dem anwesenden Generaldirektor Hornberger zurückgewiesen wurde. Wir möchten Herrn Generaldirektor Hornberger den Rat erteilen, nur einmal vier Wochen den Staub und Dreck zu schlucken, wir sind sicher, daß eine derartige Meinung bei ihm nicht mehr aufstehen würde. Im übrigen verweisen wir auf die ungemein hohe Krankenziffer des Betriebes. Des weitern verweisen wir auf die Lungenheilstätte Friedrichsheim, woselbst die zahlreichen lungenkranken Arbeiter der Fittingswerke Zuflucht und Heilung suchen müssen. Donnerstag, den 30. Januar, fand abermals eine Betriebsversammlung statt, in welcher unser Gauleiter, Kollege Börner-Rannstatt, anwesend war. Die einzelnen Lohnsätze wurden einer Prüfung unterzogen und gaben sich die Beteiligten einstweilen mit dem Ergebnis zufrieden. Der Erfolg dieser Bewegung ist in Anbetracht der im allgemeinen ungunstigen Zeit ein annehmbarer. Nur liegt es an den Kollegen selbst, an der Organisation festzuhalten und dieselbe weiter auszubauen, dann werden auch weitere Erfolge nicht fehlen.

Korrespondenzen.

Albbruck. Den Terrorismus bis zur Väterlichkeit getrieben zu haben, kann sich die Direktion der hiesigen Papierfabrik rühmen. Wir berichteten schon darüber, daß der Direktor, als im Vorjahr im Gasthause „Zur Schanze“ eine von unserm Verbandsveranfaltete Versammlung stattfand, sämtliche Arbeiter entließ, von denen er annahm, daß sie sich der Organisation angeschlossen hätten. Damit nicht genug, ging er zu einem hiesigen Malermeister, bei dem der Bevollmächtigte unseres Verbandes beschäftigt war und verlangte dessen Entlassung. Der betreffende Malermeister war aus Geschäftsgründen gezwungen, den Befehl zu entlassen. Auch dem nachfolgenden Bevollmächtigten erteilte das gleiche Schicksal. Derselbe wohnte bei einem Arbeiter, der in der Papierfabrik Albbruck beschäftigt war, und nun wurde der letztere von der Direktion vor die Alternative gestellt, entweder den Kollegen aus der Wohnung zu werfen oder brotlos zu werden. Der Herr Direktor glaubte nun, der Kollege würde keine Wohnung mehr bekommen, hat jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Auch der Gastwirt zur „Schanze“ hat schon mehrmals die allmächtige Hand des Direktors zu fühlen bekommen. Da nun der lebenswürdige Herr, wie es scheint, am Ende seines Lateins angekommen ist, sucht ihn seine wertige Frau Gemahlin noch zu überreifen. In Albbruck besteht eine vom Frauenverein Albbruck gegründete und geleitete Kleinkinderschule, in welcher die Kinder sämtlicher Familien der oben genannten Orte ohne Unterschied der Konfession aufgenommen werden. Vor einigen Tagen nun schickte der oben genannte Gastwirt sein etwa 3 Jahr altes Kind durch ein Dienstmädchen in die betreffende Anstalt, um es aufnehmen zu lassen. Es wurde ihm jedoch von der Leiterin der Anstalt bedeutet, daß sie, ohne die Frau Direktor gefragt zu haben, kein Kind des Schanzwirts aufnehmen dürfe. Auf Erkundigung hin, ob die Aufnahme der Kinder anderer Familien auch einer Befähigung der Frau Direktor bedürfen, erfolgte die Antwort, daß das nicht der Fall wäre. Es trifft hier das bekannte Sprichwort zu: Die Sünden der Väter müssen die Kinder büßen. Wir wissen nicht, ob diese Maßnahmen im Einverständnis mit den übrigen Damen getroffen worden sind, wenn nicht, bedeutet sie einen groben Uebergriff in die Rechte des Frauenvereins. Sie fernzeichnen aber voll und ganz ihren Ueberber. Die Arbeiterchaft von Albbruck und Umgebung, muß schon terroristische Maßnahmen mit einmütigen Anschluß an die Organisation beanworten, dann wird den Herren — und auch den Damen — die Lust zu solchen Schikanen schon vergehen.

Vergedorf. Die wirtschaftliche Krise wird von einem Teil der Unternehmer zu einer Art Raschepolitik gegen die Arbeiter ausgenutzt, indem sie diejenigen Arbeiter auf Straßensplätschen werfen, die sich bei ihnen mißlieblich gemacht haben. Mißlieblich deshalb, weil sie etwas nicht knechtlich genug waren und dann auch noch die Dreizehntigkeit besaßen, in der Organisation ein Mittel zu erblicken, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, und deshalb für den Ausbau und Stärkung derselben eintraten. So auch der Sackrothfabrikant Müntler. Vor kurzem sind dort elf Arbeiter entlassen worden, angeblich wegen Mangels an Arbeit. Diese Angabe ist nichts weiter als ein Deckmantel, dazu bestimmt, die wahren Gründe zu verschleiern. In Wirklichkeit wollte man ein Beispiel statuieren, um die dort noch beschäftigten Arbeiter einzuschüchtern, ihnen zu bedeuten: Seht, so geht es allen denjenigen, die gegen die Maßnahmen und Schikaniierungen untrer treuen, alzeit ergebenen Diener, besonders der Wige, mutchen oder gar noch die Furchheit besitzen, auf die Vorteile der Organisationen hinzuweisen. Darvoren wird diese Tatsache dadurch, daß Arbeiter entlassen wurden, die bereits 5, 9, 10, ja 13 Jahre in dem Betriebe beschäftigt waren und denen das Zeugnis ausgestellt worden ist, daß sie überaus tüchtige Arbeiter waren. Wenn Herr Müntler und seine Ratgeber hierüber für keines Bedauern aussprechen, besonders demjenigen gegenüber, der ein Familienvater von fünf Kindern ist, so heißt dies nichts weiter, als Sozialdiktatorien verüben. Daß es diesem Herrn mit seinem Bedauern nicht recht ernst war, geht am besten daraus hervor, daß ihm die Arbeiter seiner Fabrik Vorschläge machten, um zu ermöglichen, die Entlassenen wieder einzustellen und weiter zu beschäftigen, indem von 72 Arbeitern sich 70 bereit erklärten zugunsten der Entlassenen um einen längeren Arbeitszeit und dementsprechend mit einem geringern Verdienst fürlieb zu nehmen. Es ist dies ein Vorstoß, der geradezu beispielhaft für Herrn Müntler ist, der rüchichtslos Familienvater, die jahrelang ihre Arbeitskraft für ihn preisgaben und ihr gut Teil zu dem Ausblauen des Betriebes beitragen, aus Straßensplätschen werfen, wohl wissend, daß die Arbeitslosigkeit bei den hohen Lebensmittelpreisen um so mehr empfunden wird. Sündhätige Gründe wird Herr Müntler, der bisher als lokaler Mann galt, für seine Maßnahmen nicht ins Feld führen können. Im Gegenteil, der Verkauf der Lohnbewegung im Sommer hat bewiesen, daß die Arbeiter recht leicht zurück zu fallen und sich mit Zugewandten abfinden ließen, die im Vergleich zu den Ausblauen der Woche in andern Betrieben als recht minimale zu bezeichnen sind. Allem Ansehen nach ist ob dieser Friedfertigkeit der Arbeiter besonders den Rat-

gehört des Herrn Müller der Kammer gewaltig geschwollen, ruhten doch diese in letzter Zeit nicht, wie sie die Arbeiter schikanieren und beschimpfen sollten. Hiergegen taten die Arbeiter wiederum nichts weiter, als daß sie sich vertrauensvoll an Herrn Müller selbst wandten mit dem Ersuchen, diesem Einhalt zu tun. Diese Vertrauensseligkeit ist den Arbeitern nun übel gelohnt worden. Die Arbeiter erklären dies damit, daß Herr Müller von Leuten, die befreit sind, Schatzmacherrollen nachzugehen, nach Latenart umgarnt worden ist, eine Warnung, die nicht von der Hand zu weisen ist, aber weder Herrn Müller, noch denjenigen, die seine Gunst zu erheischen versuchen, zur Ehre gereicht. Die Arbeiter werden sich jedoch trotz alledem und alledem nicht von ihrem Wege abbringen lassen und auch gleichzeitig den Beweis bringen, daß, wenn sie auch nicht dogmatische Christen sind, doch christlicher handeln, als die Verfechter von Religion, Sitte und Ordnung.

Ehrenschaufen. In der Mitgliederversammlung vom 2. Februar wurde die Abrechnung vom 4. Quartal entgegengenommen, und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der 1. Bevollmächtigte gab den Jahresbericht, dem zu entnehmen ist, daß es trotz aller Mühe nicht möglich war, den Mitgliederstand zu halten. Durch den schlechten Geschäftsgang war es den Handlangern des Kapitals, den Werkmeistern, möglich, die überhaupt noch zaghaften Arbeitstollen der Organisation zu entfremden und fernzuhalten. Daß es dabei an Verleumdung und Maßregelung nicht fehlte, sei nur nebenbei erwähnt. Alle Bemühungen, die hiesigen Ziegelarbeiter dem Verbände anzugliedern, waren erfolglos. Es sind das Wanderarbeiter aus Lippe, deren aufreibende Arbeit schließlich auch das Auflassungsvermögen ungünstig beeinflusst und sie an ihrer konservativen Gesinnung festhalten läßt. Dieser Umstand läßt den Mißerfolg auch sehr begrifflich erscheinen. Zum Schluß wurde noch auf unsere gute Bibliothek aufmerksam gemacht und die Kollegen aufgefordert, sich daraus ihr Wissen zu bereichern, denn Wissen ist Macht. Nun gilt es, die Masse, die uns umherwandert und zaghaftigkeit im alten Jahre gerissen haben, wieder auszufüllen, damit wir über Jahresfrist einen befriedigenderen Rückblick halten können. Groß ist das Arbeitsfeld, das noch der Rekrutierung wartet, unzählig die Mißstände, die noch der Beseitigung harren. Deshalb ohne Säumen im neuen Jahre zu neuer Arbeit.

Hamburg. Recht bezeichnende Zustände herrschen gegenwärtig in der Pneumatik- und Luftschlauch-Abteilung der Firma Salomon W.-G., Fabrik Flotowstraße in Wandsbek. Wie den Lesern dieses Blattes noch bekannt sein dürfte, befanden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Abteilung im Sommer vorigen Jahres im Streik, weil sie sich eine Reduzierung der Arbeitslöhne nicht gefallen lassen wollten. Während dieses etwa achtwöchigen Kampfes konnte die Firma mit den aus allen Gegenden herangeholten Arbeitswilligen nicht im entferntesten ihre Aufträge erledigen. Was schließlich geliebert wurde, war jedenfalls nicht zu gebrauchen. Die Lager waren schnell geräumt. Nach Beendigung des Streiks wurden an die wiederengestellten Streikenden hohe Anforderungen in bezug auf die Arbeitsleistung gestellt. Von den Meistern und Aufsehern wurde zur Mehrleistung angezogen. Nebenbei wurde vor kurzer Zeit angeordnet, daß pro Tag, mit Uebererschlagung von je einer Woche, 2 Ueberstunden gemacht werden sollten. Beim Antreiben tut sich nun einer der Betriebsleiter, der etwa 20-jährige Herr v. Lohse, besonders hervor. Den bei der Heizung der Reifen beschäftigten Arbeitern antwortete dieser Herr zu, sie sollten einige Minuten vor 12 Uhr noch eine Heizung herausreichen, die Wäcker sollten sich dann noch darüber herhalten und diese noch schnell wickeln, um dann überhitzt und in Schweiß gebadet in der Mittagspause den Betrieb zu verlassen. Bei dieser wilden Zügelerei haben sich vor kurzer Zeit innerhalb einiger Tage drei Unfälle in dieser Abteilung ereignet. Bezeichnend für die Gesinnung dieses jungen Herrn von Lohse ist folgender Vorgang, der sich vor einigen Tagen abspielte. Als Herr v. Lohse von den Heizern eine noch größere Arbeitsleistung verlangte als die jetzige, bei größter Anstrengung vollbrachte, äußerte sich einer der Arbeiter im Unmut über die fortwährende Antreibung: „Dann kommt mir noch ein Jahr eher nach Ohlsdorf!“ Darauf entgegnete dieser Herr: „Das schadet nichts, vorm Torweg stehen genug!“ So, nun wissen die Kollegen und Kolleginnen, wie sie von den Herren eingeschätzt werden. Sollte bei einer derartigen Verhandlung nicht jedem Kollegen im Betriebe die Note der Erprobung und Scham ins Gesicht steigen, daß dieser Herr derartige Redensarten ungehindert tun darf? In einem von organisierten Arbeitern betriebenen Betriebe hätte ein Herr, der sich derartige Redensarten erlaubt, wohl bald abgewirtschaftet; denn die Arbeiter würden dagegen Sanktion nehmen. Deshalb, Kollegen, wollt ihr eine demer unerbittliche Behandlung abspähteln, dann hinein in die Organisations!

Mannheim. In hiesiger Stadt hat das Geer der Arbeitslosen gemächlich Zuwachs erhalten, indem die Rheinische Gummi- und Zelluloidfabrik 300 Arbeiter entlassen hat. Not und Elend wird vermehrt in den Reihen unserer Berufscollegen, zumal die Entlassenen umsonst heiligen Maschinen zum Betrieb in die Organisation nicht gelassen und inelastischer jetzt ohne jede Unterstützung sind. Das Schicksal gibt in der schlechtesten Geschäftskonjunktur auch den indifferenten Arbeitern den Laufpaß — unbekümmert darum, wie es diesen Konjunktur im Zukunft ergehen wird. Unsere Organisation hat sofort Stellung zu den Entlassungen in den einzelnen Betrieben genommen. Die Verhandlungen für die Arbeiter der Zelluloidfabrik waren ungenügend bruchlos. Kollege Hornheimer gestellte in der Diskussion die Forderung der begehren Arbeiterbewegung und hob die Einigkeit der Arbeiter hervor. — Streik, Bezirksleiter der Pfälzer, forderte ein geschäftliches Vorgehen der Arbeiterorganisation; Bezirksleiter Schmidt von dem christlichen Hilfsarbeiterverbande versuchte den Arbeitern die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften klar zu machen und lobte die sachlichen Ausführungen des Kollegen Hornheimer. — Die für die Rheinische Gummi- und Zelluloidfabrik angelegte Versammlung war fast besucht. Die Ausführungen des Kollegen Hornheimer fanden bestmögliche Aufnahme. An der Diskussion beteiligte sich der Sekretär Kollege Weber, der das unrichtige Verhalten des Arbeiterausschusses brandmarkte. Der schließliche Jahresthelle ist in Schwärzen. In seinem Schlusswort bewachte der Meisterei nachmals die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und forderte zum Schluss in unsern Verband auf. Eine Anzahl Neuaufnahmen wurden erzielt.

Spandau. Am Sonntag, dem 26. Januar, tagte im Lokal am Kande, Schöndorferstraße 80, unter Jahresversammlung, in der u. a. der Bericht der Landesverwaltung a. des 1. Bevollmächtigten, b. des Kassierers, c) der Kassenabrechnung gegeben wurde. Aus dem Bericht ersichtlich geht hervor, daß in diesem Jahre verhältnismäßig ein günstiger Verlauf war, trotzdem in der gewerkschaftlichen Erfolg nicht zu verzeichnen. Es wurden abgehalten: 20 Sitzungen der engeren Landesverwaltung, 12 Konferenzen der Vertrauensleute, 38 Fabrikversammlungen, 16 Mitgliederversammlungen, eine öffentliche Versammlung für die Arbeiter in der demnächstigen Zukunft und zwei Sonntagstage Besuche der Mitglieder und ihrer Angehörigen mit anschließendem geselligen Beisammeln usw. Wenn die Ergebnisse unserer Bemühungen nicht enttäuschend, so liegt dies zum großen Teil an der eigenartigen kritischen Verhältnisse. In Spandau befinden sich eine Anzahl Staatsbetriebe, in denen die Organisation verpönt ist. Ein großer Teil der Kollegen glaubt nun, wenn es ihnen mal gelänge, dort zu arbeiten zu müssen, ist es das beste, der Organisation dieses Absehens nicht haben zu lassen. Wir haben also die Erfahrung gemacht, daß nach jeder größeren Rekrutierung von Arbeitern auf den anderen Seiten der verschiedenen Organisationen, besonders aber der Verbände der Hilfsarbeiter, ein großer Teil der dort Engagierten wiederum geht. Werden sie aber, wenn die dringende Notwendigkeit ist, auf das Streikfeld geführt, so können sie sich weiterhalten, weil sie unter dem Banner der Organisation unter zu stehen nicht scheuen, aber sie wollen auch so lange einige Jahre des Bewusstseins bleiben, bis es ihnen noch einigen Jahren weiter geht. Mitglieder der Hilfsarbeiter ohne Rekrutierung werden zu werden. Das ist ein Grund, bis es zu aller Lage immer wieder bei dieser Konjunktur, wenn schwere Fortschritte zu machen. So ist gelungen, was die Kollegen eines Tages zu dem Bewusstsein bringen, daß sie auch Erfolge

erzielt worden. Der Jahresbericht balanciert in Einnahme und Ausgabe für die Hauptklasse mit 6821,70 M. Unter den Ausgaben der Hauptklasse befinden sich nachstehende Posten: für Arbeitslosenunterstützung 615,40 M., an Krankenunterstützung 1722,50 M., Streifenunterstützung, 629,60 M. usw. An die Hauptklasse wurden 2374,67 M. gelandt. Die Postenklasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1459,56 M. ab. Die Verwaltung unterbreitete der Generalversammlung, nachdem die Abrechnung genehmigt war, einen Antrag auf Anschließung unserer Zahlstelle an Berlin. Nachdem derselbe begründet und reichlich diskutiert war, wurde beschlossen, in der nächsten Vertrauensmänner-Konferenz eine Kommission zu wählen, welche mit der Zahlstelle Berlin in Verhandlungen zu treten hat. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden die alten Mitglieder derselben bis auf den Kollegen Bogdanski, der Spandau verläßt, wiedergewählt, die Wahl des 2. Bevollmächtigten wurde bis zum Abschluß der Verhandlungen mit Berlin ausgesetzt.

Vertragsperiode. In den hiesigen Fabriken herrschen durchweg recht traurige Verhältnisse für die Arbeiter. In der Filzschuhfabrik von Waldheim (Zuh. Marzshausen) traten die Arbeiter im Vorjahre in den Streik, um die 11stündige Arbeitszeit um 1 Stunde zu verkürzen; der Streik ging verloren, weil die Arbeiter überhaupt nicht organisiert waren. Ein Gutes hatte der Kampf aber doch: die Arbeiter und Arbeiterinnen schlossen sich jetzt unsern Verbänden an. Das behagte natürlich Herrn Marzshausen nicht, weil er ahnte, daß eine organisierte Arbeiterschaft mit seinen Arbeitsbedingungen nicht lange zufrieden sein würde. Er maßregelte deshalb einige Arbeiter und erreichte dadurch leider, daß ein Teil der Beschäftigten angestrichelt wurde und dem Verbände den Rücken kehrte. Jetzt ist Herr M. wieder oben auf. Welch horrenden Löhne er jetzt zahlt, dürfte auch weitere Kreise interessieren. Eine Arbeiterin verdient pro Tag, d. h. in 11 Stunden, 9 Pf. = 9 Pf. pro Stunde. Die älteren Arbeiterinnen verdienen 10—15 Pf. Natürlich klagen jetzt die Arbeiterinnen über den niedrigeren Lohn, die Schuld daran tragen aber diejenigen, die dem Verbände so schnell den Rücken kehrten. — Die Gebr. Marzshausen sind ferner Besitzer einer Papierfabrik. Dieser Betrieb zeichnet sich neben seinen niedrigen Löhnen — 2, — M. bis 2,40 M. pro Tag — noch durch erhebliche Unzufriedenheit aus. Sehr häufig berunglücken hier Arbeiter. Organisation fehlt auch hier. Herr M. duldet keine „Sozialdemokraten“, weil er Hauptmann im Kaiserlichen Kavallerieregiment ist. (Schneidig, was?) Die Arbeiter haben zum Teil nicht einmal Speisepausen, und die Arbeiterinnen verdienen in Nord 4 bis 6 M. pro Woche. Da kann der Herr „Hauptmann“ allerdings seine „Sozialdemokraten“ brauchen, denn die würden mit solchen Zuständen halb aufhauen. Die Arbeiter sollten sich aber nicht darauf sperren, was Herr M. will, sondern tun, was ihnen not tut. Und das ist eine starke gewerkschaftliche Organisation!

Rundschau.

Arbeitskammern. Dem Reichstage ist ein Entwurf über Errichtung von Arbeitskammern zugegangen. Dieser Entwurf ist unter sorgfältiger Berücksichtigung der Forderungen des Führer-Gewerkschaftskongresses ausgearbeitet worden; er bringt nämlich in fast allen Punkten das genaue Gegenteil von dem, was die organisierten Arbeiter fordern. Also, eine echte und rechte Wackpfeil! Eine eingehende Besprechung des Entwurfs müssen wir Raum mangels halber bis zur nächsten Nummer zurückstellen.

Die Entwicklung der Gewerkschaften im Jahre 1907 nahm, so schreibt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“, nicht den hübschen Verlauf der Vorjahre; sie stand mehr im Zeichen der Festigung, als der Ausdehnung. Nachdem in den beiden letzten Jahren die Mitgliederzahl um ca. 650 000 gestiegen, die Zahl der Mitglieder also erheblich vermindert war, konnte dieser Aufwärtstrend nicht ins Ungemessene weitergehen. Auch der Uebergang von der Hochkonjunktur 1906 zur Wirtschaftskrise 1907 konnte an den Gewerkschaften nicht ganz unbemerkt vorübergehen, sondern übte eine mäßige Wirkung aus. So können wir nach den uns vorliegenden Abrechnungen und statistischen Schätzungen von 50 Organisationen, die meist das 3. Quartal betreffen, nur von einer Zunahme von etwas über 100 000 Mitgliedern berichten. Bei den übrigen Gewerkschaften dürfte mit einer Zunahme von etwa 30 000 Mitgliedern zu rechnen sein und der Jahresabschluss dürfte eine weitere Zunahme von 20 bis 30 000 Mitgliedern bringen, so daß der Jahreszuwachs etwa 150 000 Mitglieder betragen dürfte. Unsere Hoffnung, im Jahre 1907 die zweite Million an Mitgliedern zu erreichen, wird vielleicht nicht ganz erfüllt sein, aber wir werden wenig dahinter zurückbleiben und das nahe Ziel kann nur aufspornend auf alle Kräfte wirken. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß nur eine kleine Zahl von Gewerkschaften einen Mitgliederrückgang aufweist (bis jetzt liegen uns nur drei statistische und sieben Schätzungsresultate mit etwa 5000 Mitgliedern weniger vor). Es ist dies ein Beweis, daß die Gewerkschaften, von geringen Schwankungen, wie sie alle Jahre vorkommen, abgesehen, ihren Bestand behaupten und sich demnach auch gegen die fernere Krise als widerstandsfähig erproben werden. Wichtiger noch als die Mitgliederzunahme ist die bedeutende Stärkung der Finanzkraft, die die Gewerkschaften im Berichtsjahre erreichten. Zweifellos wird das gewerkschaftliche Unterhaltungsweien in den nächsten Jahren einer Belastungsprobe ausgesetzt sein, wie nie zuvor. Bereits im 3. Quartal 1907 machte sich eine bedeutende Steigerung der Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bemerkbar, die die Ausgaben des gleichen Quartals 1906 fast um die Hälfte erhöhte. Diese Steigerung wird sich in den nächsten Quartalen in verstärktem Maße fortsetzen und das Frühjahr wird nur geringe Entlastung bringen. Aber gerade darin bewährt sich die gewerkschaftliche Finanzkraft für die Arbeitslosen und ihre erhaltende Kraft, indem sie die Mitglieder vor dem gänzlichen Sinken in Pauperismus und Gleichgültigkeit bewahrt, ihnen an und durch die Organisation einen wirtschaftlichen Rückhalt verschafft.

Was hier das „Correspondenzblatt“ von der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen schreibt, trifft im wesentlichen auch für unsere Organisation zu. Die Mitgliederzunahme war wesentlich geringer wie im Vorjahr. Die Abrechnungen vom 4. Quartal sind noch nicht bearbeitet, ein genaues Resultat liegt also noch nicht vor, wir bringen deshalb nachstehend die vermittelte der Arbeitslosenunterstützungen festgestellte Mitgliederzahl vergleichsweise in Anschlag. Danach stellt sich das Wachstum des Verbandes in den letzten zwei Jahren wie folgt:

	Männl.	Weibl.	Zusammen	Zunahme
31. Dezember 1905	70 108	5 762	75 870	—
31. Dezember 1906	111 391	11 824	123 215	47 346
31. Dezember 1907	126 339	12 243	138 582	15 367

Das wäre für das Jahr 1907 eine Zunahme von 15 367 Mitgliedern; eine Zahl, die sich durch die endgültigen Feststellungen allerdings noch um ein Geringes vermindern kann. Wenn auch diese Zunahme, im Anbetracht des gewaltigen Rekrutierungsgebietes, das für unsern Verband noch vorhanden ist, durchaus nicht befriedigend ist, so haben wir doch keinerlei Anlaß zur Kopfschütterei. Es ist dabei noch in Betracht zu ziehen, daß infolge der Beschlässe unseres letzten Verbandstages Tausende von Mitgliedern zu den Metallarbeitern übergetreten sind. Rechnen wir ferner die Erhöhung der Beiträge und des Entgeltes der Fische als der Agitation nicht eben förderliche Faktoren mit, so ergibt sich, daß der Zuwachs von 15 000 Mitgliedern immer noch einen ganz erfreulichen Fortschritt bedeutet. Trotzdem aber wollen wir nicht verübeln, an alle unsere Mitglieder das dringende Ersuchen zu richten, durch rasche Arbeit dafür zu sorgen, daß wir am Schlusse dieses Jahres einen um das Vierfache größeren Zuwachs aufzuweisen können.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im 4. Quartal 1907. Die Statistik des Reichsstatistischen Amtes erstreckt sich diesmal auf 60 Verbände mit 1 440 627 Mitgliedern. Davon waren am 23. Dezember 32 282 am Orte und 2736 auf der Reise arbeitslos. Das sind 2,6 Prozent, gegen 1,6 Prozent am 29. Dezember 1906; also eine ganz erhebliche Verschärfung des Arbeitsmarktes. Seit Dezember 1903 ist der Prozentsatz der Arbeitslosen

nie so hoch gewesen, wie im verflorenen Dezember. An Arbeitslosenunterstützung wurden von den berichtenden Verbänden insgesamt 1 149 819 M. bezahlt, das sind 106 901 M. mehr wie im vorhergehenden Quartal. Für das ganze Jahr 1907 stellt sich die Unterstützung an Arbeitslose auf 4 368 273 M.

Für unsere Organisation steht die Arbeitslosenziffer nicht nur wesentlich höher wie im 3. Quartal, was ja durch Eintritt des Winters erklärlich wäre, sondern auch weit über dem Stand im 4. Quartal des Jahres 1906. Wir bringen nachstehend die vergleichenden Ziffern.

Auf 100 Mitglieder entfielen Arbeitslose:

	männl.	weibl.	Zusammen
Im 4. Quartal 1906	3,1	3,6	3,2
Im 4. Quartal 1907	4,5	3,7	4,4

An Arbeitslosenunterstützung bezahlte unser Verband:

	am Orte	auf der Reise	Zusammen
	M.	M.	M.
4. Quartal 1906	23 530	1783	25 313
4. Quartal 1907	35 060	4138	39 198

Ma steht, die Krise macht sich deutlich bemerkbar. Die Unterhaltungsleistungen der Gewerkschaften werden die Probe zu bestehen haben. Den Unorganisierten aber dürfte gerade jetzt mehr denn je die Ueberzeugung aufkommen, daß es unberzählige Torheit war, den Anschluß an die Organisation zu verweigern.

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1907. (Nach dem Reichsarbeitsblatt.) Die chemische Großindustrie war im allgemeinen normal beschäftigt, doch hat, wie bereits im Vormonat berichtet, die ungünstige Lage in Amerika eine Rückwirkung auf das Geschäft hervorgerufen, so daß der allgemeine Absatz schwächer zu werden scheint. Stellenweise kamen Löhnerhöhungen vor. In den Farbenfabriken trat auch im Monat Dezember keine wesentliche Veränderung des Geschäftes ein. Wenn sich stellenweise die Lage verschlechterte, so war das auf den mangelnden Bedarf des Baugewerbes und auf die ungünstigen Kreditverhältnisse zurückzuführen. Fast daselbst gilt für die Lack- und Firnisfabrikation. Die Betriebe für organische Säuren, anorganische Produkte waren gut mit Aufträgen versehen. Aus der Glycerinfabrikation wird hingegen eine Verschlechterung gemeldet. Die Industrie für chemische und pharmazeutische Präparate war aufbauend mit Arbeit gut besetzt. Das Geschäft nach den Vereinigten Staaten ging zwar zurück, dagegen zeigte sich vielfach eine Vermehrung des Absatzes in Europa.

In der Zementfabrikation sank, wie aus Hamburg gemeldet wird, die Lage weiter ab und war schlechter als im Dezember 1906.

Die Papierfabrikation war im Dezember zum Teil im Zusammenhang mit dem Weichheitsgeschäft mit Arbeit gut besetzt. Stellenweise fehlten immer noch in Sachen Arbeitskräfte, wenn auch vielfach infolge eines stärkeren Angebots in den letzten Wochen viele Lücken ausgefüllt werden konnten. Die Papierausstattung hatte, soweit Berichte vorliegen, sehr gut zu tun, so daß Ueberarbeit im großem Umfang erforderlich war.

Verbandsnachrichten.

Donn. 4. Februar ab gingen bei der Hauptkass folgende Beträge ein:

- Sildesheim 280,—, Wadenhausen 260,—, Schöpfheim 188,00, Köthen 90,—, Ansbach 70,—, Halle a. S. 3,50, Sebnitz 252,00, Schönebeck a. E. 734,94, Genthin 32,16, Gannover 8565, M. Götting 100,—, Wolbeck i. M. 100,—, Al.-Aueheim 31,82, Wittenberg 611,08, Borsby 100,—, Gr.-Witten 82,40, Ober-Kamfah 344,76, Steigau 200,—, Bremen 1000,—, Mannheim 600,—, Neustadt i. S. 248,—, Delmenhorst 600,—, Wittenburg a. S. 202,30, Döhrup 200,—, Minden 170,—, Singen 25,—, Jauer 10,—, Caspar 10,—.

Schluss: Montag, 10. Februar, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1907 haben eingekandt:

- Dreslau, Beuthen, Wernheim, Gmund, Schöpfheim, Freising, Gannover, Genthin, Bad Rheinfelden, Girsberg, Offenbach a. Main, Neustadt bei Koburg, Ober-Kamfah, Binneberg, Penzig, Heubach, Gellingshausen, Fehentheim, Potsdam, Wittenburg a. Weiser, Jauer, Neustadt i. S. Holstein, Schwargenberg.

Dieserigen Bevollmächtigten, die noch keine Abrechnung für das 4. Quartal eingekandt haben, werden hiermit dringend ersucht, die Abrechnung sofort zu bewirken. Es ist unbedingt notwendig, die Jahresabrechnung zeitig fertigzustellen, das kann aber nur geschehen, wenn die Abrechnungen rechtzeitig eingekandt werden. Nicht der Revisoren ist es auch, auf sofortige Abrechnung zu dringen.

Zustimmung zur Erhebung von Ergabebeiträgen:

Gelte. 10 Pf. pro Mitglied und Monat.

Eulgan. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 156 291. Franz Pielosz, eingetreten am 8. März 1906 in Laurahütte.

Nr. 210 961. Herm. Dip, ist gefunden und dem Kollegen ausbezahlt. Das Buch ist somit gültig.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

- Altripp. Artur Boras, Alte Friedhofstraße.
- Bernsbüttelsoog. M. Schwarz, Fährstraße 35.
- Görsnörde. Heinz Hafffeld, Lange Brückstraße 2.
- Görsnörde. Aug. Jäger, Spahnstraße 8.
- Ehrenschaufen. Aug. Meier.
- Langerberg. Franz Kemnitzer, Langestraße 12.
- Potsdam. G. Pratan, Alte Lützenstraße 37.
- Schwemingen. Fr. Spieß, Schwabstraße 1923.
- Eulgan. Chr. Kammerer.
- Tetten. Gustav Utenborf, Radstraße 13.
- Wies. Carl Ehrenberg, Wilhelmstraße 24.

Briefkasten.

W. in G. Den Artikel habe ich dem Hauptvorstand übermittelt, derselbe wird die darin enthaltenen Anregungen eventl. bewerten. Zum Abdruck bzw. zur Diskussion im Verbandsorgan sind die Vorschläge denn doch zu unwichtig.

Gesellschaft. Vier Wochen zu spät und ohne Stempel; da wollen wir uns den Abdruck lieber schenken, zumal wichtiges ja nicht darin enthalten. Zu neuem Fortschritt gratulieren wir.

S. und H. in K. Wieviel Kunstabfabriken es in Lyon gibt, wissen wir nicht.

Injerate.

Zahlstelle Wittenberg.

Alle Unterstützungen werden beim zweiten Bevollmächtigten ausbezahlt.

Unser Mitgliederversammlung finden jeden ersten Dienstag im Monat statt; die Mitglieder werden hierdurch aufgeführt, dieselben zahlreich zu besuchen.

Am 23. Februar findet unser Winter-Vergangen (M.-St.) statt. Auch hierzu erwarten wir zahlreiche Beteiligung.

Zahlstelle Wittenfelden u. Umgebung.

Am Sonntag, dem 16. Februar 1908, im Vereinslokal „Oberwiesinger Hof“:

Generalversammlung.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.